

Marktgemeinde Stainz

Hauptplatz 1, 8510 Stainz

Tel.: 03463/2203-0, Fax: 03463 /2203-205

E-Mail: gde@stainz.gv.at, Web: www.stainz.at



Abteilung: Bauamt
Bearbeiter: Christina Lang
Telefon: 034632203
E-Mail: christina.lang@stainz.gv.at
Datum: 16.02.2021

GZ: 131/9-140-2020

Gegenstand: **Absenkung des Natürlichen Geländes und Betonsockelzaun zu Stützmauer**
Raimund Mocnik, Wittulaweg 7, 8053 Graz
Eveline Mocnik, Wittulaweg 7, 8053 Graz

Kundmachung und Ladung zur Bauverhandlung

Mit der Eingabe vom 16.11.2020 haben Raimund Mocnik, Wittulaweg 7, 8053 Graz u. Eveline Mocnik, Wittulaweg 7, 8053 Graz, gemäß § 22 des Steiermärkischen Baugesetzes, LGBl Nr. 59/1995 (BauG) idF LGBl Nr. 63/2018 um die Erteilung der Bewilligung für die

Absenkung des Natürlichen Geländes und Betonsockelzaun zu Stützmauer

auf der Grundstücksfläche, bestehend aus dem Grundstück Nr.: **75/1**, KG: **Wetzelsdorf**, EZ: **532** angesucht.

Hierüber werden im Sinne von § 24 Abs 1 BauG die

Bauverhandlung und der Ortsaugenschein für

Donnerstag, den 04.03.2021, um 09:00 Uhr

mit dem Zusammentritt an Ort und Stelle, in 8503 Stainz, Wetzelsdorfberg 60a angeordnet.

Im Anschluss an den Ortsaugenschein erfolgt die Protokollierung im Besprechungsraum im Marktgemeindeamt der Marktgemeinde Stainz, Hauptplatz 23, 8510 Stainz.

Verhandlungsleiter: DI Christina Lang

Sie sind eingeladen, an dieser Verhandlung teilzunehmen. Eine Verpflichtung zur Teilnahme besteht jedoch nicht. Sie können selbst kommen oder einen Vertreter entsenden. Der Vertreter muss mit der Sachlage vertraut, voll handlungsfähig und bevollmächtigt sein. Von einer Vollmacht kann nur abgesehen werden, wenn Sie durch Familienmitglieder, Haushaltsangehörige oder Angestellte (bei beruflichen oder anderen Organisationen durch Funktionäre) vertreten werden

und der Verhandlungsleiter sowohl die vertretene als auch die vertretende Person persönlich kennt und auch von deren Vertretungsbefugnis Kenntnis hat. Es steht Ihnen frei, gemeinsam mit Ihrem bevollmächtigten Vertreter zu kommen.

Rechtsgrundlagen: §§ 25 und 27 des Steiermärkischen Baugesetzes und § 42 AVG

Gemäß § 25 Abs 2 Stmk. BauG in Verbindung mit § 42 Abs. 1 AVG behalten nur die Nachbarn Parteistellung, die spätestens am Tag vor der Verhandlung bei der Behörde oder während der Verhandlung Einwendungen im Sinne des § 26 Abs. 1 BauG (subjektiv-öffentlich-rechtliche Einwendungen) erhoben haben. Danach nicht rechtzeitig vorgebrachte Einwendungen finden daher im weiteren Verfahren keine Berücksichtigung.

Als Antragsteller beachten Sie bitte, dass die Verhandlung in Ihrer Abwesenheit durchgeführt oder auf Ihre Kosten auf einen anderen Termin vertagt werden kann, wenn Sie die Verhandlung versäumen (Ihr Vertreter diese versäumt).

Als Nachbar beachten Sie bitte, dass Sie gemäß § 27 Abs 1 BauG Ihre Stellung als Partei verlieren, soweit Sie nicht spätestens am Tag vor Beginn der Verhandlung bei der Behörde oder während der Verhandlung Einwendungen im Sinne des § 26 Abs 1 BauG erheben.

Hinzuweisen ist in diesem Zusammenhang darauf, dass gemäß § 27 Abs 3 BauG dann, wenn ein Nachbar glaubhaft macht, dass er durch ein unvorhergesehenes oder unabwendbares Ereignis verhindert war, rechtzeitig Einwendungen im Sinne des § 26 Abs 1 BauG zu erheben, und ihn kein Verschulden oder nur ein milderer Grad des Versehens trifft, er seine Einwendungen binnen zwei Wochen nach Wegfall des Hindernisses auch nach Abschluss der Bauverhandlung vorbringen kann und zwar

- 1. bis zum Ablauf von acht Wochen ab tatsächlichem Baubeginn oder**
- 2. ab Kenntnis der baubewilligungspflichtigen Nutzungsänderung, längstens jedoch bis zum Ablauf eines Jahres ab durchgeführter Nutzungsänderung.**

Ferner ist darauf hinzuweisen, dass ein Nachbar, der nicht gemäß § 27 Abs 1 BauG seine Parteistellung verloren hat und dem kein Beschied zugestellt worden ist (übergangener Nachbar), nur bis zum Ablauf von drei Monaten ab tatsächlichem Baubeginn oder ab Kenntnis der bewilligungspflichtigen Nutzungsänderung, längstens jedoch bis zum Ablauf eines Jahres nach durchgeführter Nutzungsänderung nachträgliche Einwendungen gegen die bauliche Maßnahme vorzubringen oder die Zustellung des Genehmigungsbescheides beantragen kann.

Dem Ansuchen würde stattgegeben werden, sofern sich nicht von Amts wegen Bedenken dagegen ergeben.

An der Verhandlung teilnehmende Vertreter beteiligter Stellen oder Personen haben sich rechtzeitig mit den erforderlichen Weisungen und Ermächtigungen zu versehen, um bindende Erklärungen bei der mündlichen Verhandlung abgeben zu können. Etwaige Vorbehalte hinsichtlich nachträglicher Erklärungen können gemäß den oben angeführten Bestimmungen nicht berücksichtigt werden.

Die Nachbarn und sonstigen Beteiligten werden eingeladen, sofern sie etwas vorzubringen beabsichtigen, bei der Verhandlung zu erscheinen.

Die für das Verfahren eingereichten Unterlagen, insbesondere das Projekt, liegen bis zum Tage vor der Bauverhandlung während der Amtsstunden im Marktgemeindeamt zur allgemeinen Einsicht auf.

Bei Errichtung von Neubauten sollte der Umriss des Bauvorhabens für die Beurteilung bei der Bauverhandlung provisorisch abgesteckt werden.

Besondere Hinweis hinsichtlich des Coronavirus:

Eine Einsichtnahme in die Projektunterlagen ist ausschließlich nach vorheriger telefonischer Anmeldung/Terminvereinbarung (03463/2203-253) möglich. Bitte tragen Sie eine Mund-Nasen-Schutzmaske, wenn sie in das Marktgemeindeamt kommen möchten.

Bei Teilnahme an der Verhandlung ist eine Mund-Nasen-Schutzmaske zu tragen und auf ausreichend Sicherheitsabstand (mindestens 2m) zu achten.

Die Verhandlungsschrift wird im Anschluss an den Ortsaugenschein verfasst. Alle Einwendungen können beim Ortsaugenschein vorgebracht werden. Aufgrund der „Corona-Situation“ werden auch die im Zuge des Ortsaugenscheines schriftlich vorgebrachten Einwendungen akzeptiert.

Ergeht gleichlautend an:

- Allgemeine Bekanntmachung durch Anschlag an der Amtstafel
- Bekanntmachung auf der Homepage der Marktgemeinde Stainz

sowie durch persönliche Verständigung (Rsb)

Für den Bürgermeister:

i.A. Dipl.-Ing. Christina Lang eh.

Öffentliche Bekanntmachung
durch Anschlag an die Amtstafel

Angeschlagen am:	16.02.2021
Abgenommen am:	04.03.2021